

Ortsbeirat Friedrichsthal Protokoll über die Sitzung am 18.08.2022

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20.50 Uhr
Ort: Kita Reggio Emilia, Alte Meteler Str. 1a, 19057 Schwerin

Teilnehmende

Ortsbeirat – Mitglieder:	Bemann, Rolf Meincke, Rena Rochow, Astrid	entsandt durch Fraktion der SPD entsandt durch Fraktion B 90/Die Grünen entsandt durch Fraktion der CDU
Ortsbeirat – stellv. Mitglieder:	Babinsky, Felix Romanski, Julia-K. Schmahl, Uwe	entsandt durch Fraktion der CDU entsandt durch Fraktion Die LINKE entsandt durch Frakt. Unabh. Bürger

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Protokollkontrolle
3. Einführung Bürgerbudget, Stellungnahme zur Vorlage 00502/2022
4. Aktualisierung Radverkehrskonzept 2030, Stellungnahme zur Vorlage 00444/2022
5. Lärchenfest
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Sonstiges

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

TOP 2 Protokollkontrolle

Das Protokoll der Sitzung vom 15.06.2022 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Einführung Bürgerbudget, Stellungnahme zur Vorlage 00502/2022

Zur Grundlage der Beratung wird die vom Vorsitzenden formulierte Stellungnahme gemacht. Es herrscht Einmütigkeit, dass das vorgeschlagene Bürgerbudget sowohl in der Sache als auch im Verfahren an den Bedürfnissen der Stadtgesellschaft vorbei geht und daher

abzulehnen ist. Gleichwohl sollte der Versuch unternommen werden, auf Stadtebene ein angemessenes Verfahren für eine stärkere Einbeziehung von Bürgern zu etablieren. Insofern gibt der Ortsbeirat zu dem vorliegenden Antrag folgende Stellungnahme ab:

- „1. Der Antrag als solcher ist unzulässig, da er als ausgabewirksamer Antrag einen Deckungsvorschlag für die Mehrausgaben vermissen lässt, vgl. § 31 Abs. 2 Sätze 2 und 3 KV-MV. Eine Stellungnahme für einen unzulässigen Antrag erübrigt sich demzufolge.
2. Sofern der Antrag in einen Prüfantrag umgewandelt wird, kann in der Sache eine Stellungnahme erfolgen:
 - a) Die Bezeichnung „Bürgerbudget“ ist Etikettenschwindel. Hier wird kein Budget von Bürgern bestimmt, hier soll vielmehr über Einzelmaßnahmen, zustande gekommen nach welchen Kriterien auch immer, abgestimmt werden.
 - b) Zu prüfen und zunächst zu beantworten wäre, woher die nach dem Antrag jährlich zu verteilenden Mittel (rd. 200 TEUR) kommen sollen. Nach der Erfahrung des Ortsbeirates sträubt sich die Stadt schon bei weitaus geringeren Beträgen (z.B. Aufstellung einer Bank) wegen fehlender Mittel dem Ansinnen nachzukommen, von wirklich wichtigen Anliegen wie Straßenausbau im Ortsteil oder der Erstellung einer touristischen Konzeption für den Friedrichsthaler Wald mal ganz abgesehen.
 - c) Unbeantwortet ist, wer die formelle und materielle Zulässigkeit von Vorschlägen feststellt: Handelt es sich um kommunale Zuständigkeit, sind zunächst Dritte zu beteiligen, sind private Eigentümer berührt, wie ist es mit Ausschreibungsnotwendigkeiten usw. usw. Würde die Stadt hier eine vorgängige Beratung der Ortsbeiräte für jeden Einzelfall vornehmen?
 - d) Jährlich drei (neue) Projekte für den Einsatz der (jeweils mageren) Mittel vorzuschlagen, kann einer Überforderung der Phantasie nahekommen. Die geringe Inanspruchnahme der BUGA-Mittel zeigt, dass für „kleine“ Maßnahmen kein überschäumender Bedarf besteht. Die in Friedrichsthal bestehenden Probleme (tlw. fehlender Straßenausbau / Infrastruktur im Friedrichsthaler Forst und Ähnliches) lassen sich nicht mit 2 EUR/EW p.a. lösen.
 - e) Die Fokussierung auf jährlich „drei“ vorzuschlagende Maßnahmen wird künstlich „erfundene“ Maßnahmen forcieren, die möglicherweise unsinnig, aber zur Erfüllung der Anzahl notwendig sind oder aus taktischen Gründen zur Favorisierung des eigentlich gewollten Vorschlages. Denn etwa über die Standorte von 3 Bänken alternativ abstimmen zu lassen, trägt wenig zur Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements bei.
 - f) Der vorgeschlagene Abstimmungsmodus des „Bürgerbudgets“ geht an der Realität vorbei:
 - Für Bürgerversammlungen mit einer nennenswerten Teilnehmerzahl gibt es in Friedrichsthal keinerlei geeignete Räumlichkeiten. Auch in anderen Ortsteilen dürfte das gleiche Problem bestehen.
 - Sind Quoren festgelegt, wann eine Bürgerversammlung demokratisch legitimiert ist, für die „Bürger“ des Ortsteiles zu sprechen? Wie viele Einwohner Friedrichsthals von den rd. 4000 vorhandenen müssen teilnehmen, um einen Vorschlag „abzusegnen“?
 - Eine Online-Umfrage auf Ortsteilebene begegnet etlichen Problemen: Wie sollen die Bürger erreicht werden? Was ist mit denjenigen, die an einer Online-Umfrage

nicht teilnehmen können (oder wollen)? Wer organisiert diese Umfragen und führt die Abstimmungen online durch? Wie könnte mit vertretbarem Aufwand die Legitimation der an der Umfrage teilnehmenden festgestellt werden, wie das Ergebnis? Erheblicher Beratungsbedarf der Stadt für jeden Ortsbeirat!

- Erfahrungsgemäß nehmen an Präsenzveranstaltungen nur Einwohner im Pommilleanteilsbereich teil. Dies entspricht keinem sinnvollen Verhältnis von Aufwand und demokratischem Ertrag. Vielmehr besteht die Gefahr, dass das Verfahren darauf hinauslaufen kann, dass kommunale „Funktionäre“ und wenige ohnehin Interessierte „unter sich“ die Vorschläge einbringen und danach darüber abstimmen.
- g) Sinnvoller wäre, auf Stadtebene einen entsprechend festgestellten Betrag auszuloben und aus der Stadtgesellschaft dafür Vorschläge einzusammeln. Vielleicht in einem „Bewerbungsverfahren“? Die Prüfung der Vorschläge auf Sinnhaftigkeit einmal jährlich auf Stadtebene dürfte einfacher sein und professioneller von statten gehen, als dutzendfach auf Ortsteilebene. Im übrigen wäre Entscheidungsgremium dann immer noch die Stadtvertretung als das kommunalverfassungsrechtlich dazu bestimmte Organ der Stadt.

3. **Zusammenfassung:**

Der jetzige Vorschlag eines „Bürgerbudgets“ auf Ortsteilebene ist unausgegoren und nicht zu Ende gedacht. Er sollte **abgelehnt** werden.

4. Das Konzept eines Bürgerbudgets sollte gleichwohl auf Stadtebene probeweise verfolgt werden. Deshalb folgender **Antrag an die Stadtvertretung** (als Ersetzungsantrag zu dem o.g. Antrag):

Die Stadt wird beauftragt, das Konzept eines Bürgerbudgets **auf Stadtebene** zu entwickeln. Der einzusetzende Betrag ist jährlich im Voraus zu veranschlagen und bekannt zu geben. Dabei sind ein transparenter Ablauf und nachvollziehbare Kriterien für vorzuschlagende Ideen vorzuschlagen. Die Auswahl der zur Abstimmung zu stellenden Projekte als Vorschlag zur Entscheidung an die Stadtvertretung kann z.B. einem nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgergremium übertragen werden. Für die Entscheidung können neben herkömmlichen Wegen auch Online-Umfragen organisiert werden. Das Verfahren ist nach dem ersten Durchgang zu evaluieren, um ggf. Verbesserungsvorschläge für zukünftige Verfahrensweisen zu gewinnen.

Zur Vorbereitung der weiteren Entscheidungen wird die Verwaltung beauftragt, eine Synopse der Verfahren und Erfahrungen mit Bürgerbudgets aus anderen Städten zu erstellen, z.B. aus den Städten Eberswalde, Wuppertal, Vaterstetten, Konstanz, Schondorf am Ammersee, Jena, Unterschleissheim, Rostock, Beeskow, Dormagen usw. usw., um nur einige zu nennen.

Ein ausgearbeiteter Vorschlag sollte bis zum Jahresende vorgelegt werden.“

Beschlussfassung: einstimmig bei 1 Enthaltung

TOP 4 Aktualisierung Radverkehrskonzept 2030, Stellungnahme zur Vorlage 00444/2022

Das Radverkehrskonzept wird vom Ortsbeirat einmütig begrüßt. Die für Friedrichsthal vorgesehenen Maßnahmen sollten möglichst bald umgesetzt werden. Darüber hinaus sollten weitere Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit, nicht nur der Radfahrer, ergriffen werden, ebenso andere Maßnahmen, die damit im Zusammenhang stehen.

TOP 5 Lärchenfest

Frau **Rochow** und Herr **Bemann** berichten über den Stand der Vorbereitungen des Lärchenfestes. Die Verteilung der Flyer wird organisiert sowie Fragen der Organisation des Festes besprochen.

TOP 6 Mitteilungen der Verwaltung

6.1 Von einem Anlieger wurde der Wunsch an den Ortsbeirat herangetragen, den Weg zwischen ALDI und dem Weg um die neue Siedlung mit Split oder Kies zu einem besseren Planum zu verhelfen. Die dazu angeschriebene SDS hat mitgeteilt:

„bei dem beschriebenen Weg handelt es sich um einen Trampelpfad, es ist kein offizieller Gehweg. Nach örtlicher Inaugenscheinnahme ist festzustellen, dass der Zustand des Weges sehr gut ist. Zustandsverbessernde Arbeiten sind hier nicht erforderlich“

Der Ortsbeirat schließt sich der Meinung der SDS an.

6.2 In der Sitzung des Ortsbeirates vom 18.05.2022 war angeregt worden, an der Einmündung Wochenend/Warnitzer Str. wegen der unübersichtlichen Verhältnisse einen Verkehrsspiegel aufzustellen. Dieses Ansinnen wurde vom Fachdienst Verkehrsmanagement abgelehnt. Die Ablehnung nebst Begründung ist als **Anlage 2** dem Protokoll beigefügt.

6.3 Herr Thomas van der Heyden von der Residenz Baugesellschaft mbH (Specht Gruppe) hat mitgeteilt, dass er in der Seniorenresidenz 2 Räume für den Ortsteil Friedrichsthal herrichten will. Er bittet die Verwaltung um einen entsprechenden Mietvertrag. Die Sache wird derzeit von der Verwaltung überprüft.

TOP 7 Sonstiges

7.1 Von Herrn **Gerd Kröger** wird sein Streit mit der Unteren Naturschutzbehörde bzw. LGE vorgetragen. Er hat den Grünstreifen zwischen seinem Grundstück und dem Wanderweg um die neue Siedlung mit Rasen bepflanzt und mit einigen Bäumen. Die Fläche ist Ausgleichsfläche und soll nach Vorstellungen der UNB „verwildern“, um zu einem ökologischen Ausgleich für die Siedlung beizutragen. Die vorhandenen Anpflanzungen sollen beseitigt werden. Dies Problem betrifft nicht nur sein Grundstück, sondern mehr oder weniger alle Randgrundstücke der Siedlung. In der regen Diskussion im Ortsbeirat wird Verständnis für die ökologischen Belange und Forderungen einer „Ausgleichsfläche“ deutlich. Gleichzeitig wird die Frage gestellt, ob die „Verwilderung“ der Fläche der einzig mögliche Weg sei, den ökologischen Belangen gerecht zu werden, oder ob nicht auch noch andere Möglichkeiten beständen, die die Interessen der Anlieger mehr berücksichtigen könnten. Es wird angeregt, möglichst kurzfristig, aber nach vorheriger Absprache, mit den Beteiligten einen Ortstermin zu vereinbaren und die Sache vor Ort zu erörtern. Seitens des Vorsitzenden wird dazu eingeladen.

7.2 Die Haltestellen des Nahverkehrs am Lützower Ring ersetzen die bisherigen an der Lärchenallee. Es wird angeregt, beide Haltestellen mit Fahrgasthäuschen einschließlich

Sitzbänken zu versehen; an einer Haltestelle an der Lärchenallee befand sich bereits ein Unterstand mit Sitzmöglichkeit. Die Notwendigkeit ergibt sich aus der unmittelbaren Nähe der Seniorenresidenz mit zukünftig vielen älteren Menschen, die weitgehend auf den Nahverkehr angewiesen sind und auch wegen der Kunden der dort gelegenen Physiotherapie-Praxis. Unterstand und Sitzmöglichkeiten sind gerade für ältere Menschen angesichts der immer heißer werdenden Sommer notwendig.

Antrag an die Stadt: Einrichtung von Fahrgasthäuschen an den beiden Haltestellen auf Lützower Ring (Nähe Lärchenallee).

Ø Nahverkehr mit der Bitte um Unterstützung des Antrages.

Beschlussfassung: einstimmig

- 7.3 Dem Vernehmen nach sollen die Tore auf dem alten Bolzplatz am Heimweg demnächst abgebaut werden und es wurde die Frage nach der zukünftigen Verwendung gestellt. Seitens des Ortsbeirates wird keine weitere Verwendungsmöglichkeit gesehen. Die Tore mögen daher bei der SDS eingelagert oder, falls die Möglichkeit besteht, für den Ortsbeirat „zu Geld“ gemacht werden.

Übrigens wurden die Tore, soweit bekannt, am 16. Mai 1974 im Rahmen der Errichtung des Bolzplatzes aus Anlass des 25. Jahrestages der DDR aufgestellt.

- 7.4 An der Alt-Meteler Str. sind gegenüber der KITA „Reggio Emilia“ einige bisher „freie“ Stellplätze mit einem Schild „Privatparkplatz“ gekennzeichnet worden.

Die Verwaltung wird um Auskunft gebeten, ob diese „Privatisierung“ von Stellplätzen rechtens ist und auf welchen Grundlagen sie beruht.

Für Protokoll und Sitzungsleitung
gez. Rolf Bemann